

5 Details zum Voranschlag 2008

5.1 Vollstellenerhebung

Im Herbst 2004 führte der Regierungsrat einen Soll-Stellenplan ein. Der Soll-Stellenplan umfasst alle Stellen der kantonalen Verwaltung mit folgenden Ausnahmen:

Refinanzierte Stellen beim KIGA:

Die vom Bund refinanzierten „KIGA-Stellen“ stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit. In Erwartung einer deutlich rückläufigen Arbeitslosenquote ist bei den arbeitsmarktlichen Abteilungen des KIGA⁴ gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme des Personalbestandes von 9 Vollstellen budgetiert.

Gerichte und Strafverfolgungsbehörden:

Die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden unterstehen nicht dem Regierungsrat sondern dem Parlament. Gerichte und Strafverfolgungsbehörden melden eine Aufstockung von 8.5 Vollstellen.

Spitalbetriebe:

Mit der Einführung des Globalbudgets nimmt der Regierungsrat den Stellenplan der Spitalbetriebe lediglich noch zur Kenntnis. Die Spitalbetriebe planen für 2008 einen Ausbau von insgesamt 40.6 Vollstellen, um die erwarteten und budgetierten Mengenausweitungen bewältigen zu können. Die Details hierzu finden sich in den Reportings der Spitalbetriebe in Teil 3.

Lehrpersonen:

Die Vollstellen bei den Lehrpersonen werden nach Schuljahresbeginn erst Ende September definitiv erhoben. Die provisorische Erhebung zeigt eine Abnahme von ca. 10 Vollstellenäquivalenten, welche auf folgende Tendenzen bei den einzelnen Schulstufen zurückzuführen ist: Auf der Sekundarstufe 1 zeigt sich der demografische Rückgang in Form einer moderaten Klassenabnahme. Bei den Gymnasien/Fachmaturitätsschule (FMS) ist es im 2007 zu einer markanten Verflachung der Wachstumskurve der Schülerinnen und Schüler gekommen vorab in der FMS. Bei den Berufsschulen werden die Klassen in Muttenz und Liestal stabil bleiben und in der Berufsfachschule für Gesundheit leicht zunehmen. Dagegen verzeichnet vorab Muttenz einen stärkeren Rückgang bei Weiterbildungskursen insbesondere bei KIGA-Kursen.

Sollstellenplan

Der Sollstellenplan 2008 weist eine Abnahme von 41.8 Vollstellen aus. Insgesamt 47.4 wegfalende Vollstellen sind auf die Auslagerung von Organisationseinheiten aus der Verwaltung zurückzuführen (Fusion Rheinhäfen 9.4 Vollstellen, Wechsel von 38 Vollstellen vom Tiefbauamt zur geplanten NSNW AG). Unter Ausklammerung der Stellenabnahme infolge Ausgliederung der beiden Organisationseinheiten beträgt der Zuwachs im Sollstellenplan 5.6 Vollstellen, was einer Zunahme von 2‰ entspricht. Im Sollstellenplan ist gegenüber dem Vorjahr also de facto eine Plafonierung erreicht worden, obwohl der Kanton neue Aufgaben erfüllt. Die Verwaltung ist bestrebt, neue Aufgaben soweit wie möglich durch Effizienzsteigerungen und Rationalisierungsmaßnahmen mit demselben Personalbestand bewältigen zu können.

⁴ Die arbeitsmarktlichen Abteilungen des KIGA erfüllen eine Bundesaufgabe, deren Vollzug der Bund an den Kanton Basel-Landschaft (via Leistungsauftrag) delegiert hat. Die betreffenden Stellen sind vollständig vom Bund refinanziert und belasten den Kantonshaushalt nicht.

Tabelle 4: Entwicklung der Vollstellen.

Organisationseinheit	Sollstellenplan 2007	Geplante Vollstellen 2008	Stellenzunahme- /abnahme
Allg. Verw.	25.0	26.0	1.0
FKD	295.8	302.2	6.4
VSD (ohne refinanz. Stellen KIGA und Spitalbetriebe)	183.4	172.8	-10.6
BUD	496.7	453.1	-43.7
JPMD	965.0	964.8	-0.2
BKSD (ohne Lehrpersonen)	396.2	401.5	5.3
Total (Sollstellenplan)	2362.1	2320.4	-41.8
ausserhalb Sollstellenplan			
<i>Gerichte und Strafverfolgungsbehörden</i>	<i>219.4</i>	<i>227.9</i>	<i>8.5</i>
<i>VSD Spitalbetriebe</i>	<i>2864.8</i>	<i>2905.4</i>	<i>40.6</i>
<i>VSD refinanz. Stellen KIGA</i>	<i>130.5</i>	<i>121.5</i>	<i>-9.0</i>
<i>BKSD Lehrpersonen</i>	<i>1503.4</i>	<i>1493.5</i>	<i>-9.9</i>

5.2 Laufender Aufwand nach Kontogruppen

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2007 und der Rechnung 2006 ist aus der folgenden Tabelle 5 ersichtlich. In Teil 2 sind ausgewählte Kontogruppen definiert sowie deren wichtigsten Budgetpositionen angegeben. Ebenfalls in Teil 2 ist der Schweizerische Kontenrahmen der Öffentlichen Haushalte enthalten.

Tabelle 5: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
30 Personalaufwand	907.2	933.0	953.1	20.1	2.2%
31 Sachaufwand	282.8	294.6	323.6	29.0	9.8%
32 Passivzinsen	37.8	35.9	37.8	1.9	5.3%
33 Abschreibungen	154.1	130.9	125.8	-5.1	-3.9%
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	98.8	87.0	109.2	22.3	25.6%
35 Entschäd. an öffentliche Gemeinwesen	93.1	97.7	94.1	-3.6	-3.6%
36 Eigene Laufende Beiträge	854.1	924.5	920.6	-3.9	-0.4%
37 Durchlaufende Beiträge	80.1	80.7	72.4	-8.3	-10.3%
38 Einlagen in Spezialfinanzier. und Fonds	131.8	22.4	38.9	16.5	73.7%
39 Interne Verrechnungen	23.9	14.1	14.2	0.1	0.6%
Gesamttotal Aufwand	2'663.6	2'620.7	2'689.7	69.0	2.6%

Der Anstieg des Gesamtaufwands gegenüber dem Vorjahresbudget liegt deutlich unterhalb dem nominellen Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 (Bruttoinlandprodukt Schweiz) von 3.2%. Dieser Sachverhalt reflektiert sich auch in einer Abnahme der Staatsquote von 16.9% auf 16.5% (vgl. Tabelle 13 im Anhang).

Personalaufwand

Die Zunahme des Personalaufwands enthält die generelle Lohnanpassung (Teuerungsausgleich) von 16 Mio. Franken (entspricht einer Teuerung von 1.0%) sowie einen Mehraufwand von 1.4 Mio. Franken für die Ausfinanzierung der Deckungslücke Pensionskassen Rheinhäfen und NSNW AG). Des Weiteren nimmt der Ausbildungsaufwand um 1.1 Mio. Franken zu, wobei ein grosser Anteil auf die Weiterbildung der Lehrpersonen betreffend der Einführung der Frühfremdsprachen fällt.

Sachaufwand

Die wichtigsten Abweichungen beim Sachaufwand fallen in den folgenden Bereichen an:

Baulicher Unterhalt

Neben dem Ausbau der Infrastruktur erachtet es der Regierungsrat als vordringliche Aufgabe, die bestehende Infrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten. Der Aufwand für den baulichen Unterhalt wird im vorliegenden Budget daher um 7.7 Mio. Franken aufgestockt. Im Bereich Hochbau beträgt die Zunahme 5.7 Mio. Franken (davon 1.8 Mio. Franken für die Sanierung von Ruinen). Der betriebliche Strassenunterhalt wird insgesamt um 1.3 Mio. Franken höher budgetiert. Mit dem NFA fällt der Unterhalt für die Nationalstrassen weg.

Beratungsdienstleistungen

Die Aufwendungen für Berater, Gutachter, Experten nehmen um 2.2 Mio. Franken zu. Der Aufwand für übrige Dienstleistungen von Dritten steigt um 1.9 Mio. Franken. Mit der Vergabe von externen Aufträgen werden Spitzenbelastungen abgedeckt sowie Spezialwissen und projektbezogenes, zeitlich befristetes Wissen eingekauft. Die Aufwandsteigerungen sind unter anderem bedingt durch das ERP-Projekt und durch die Zunahme der Honorare für Officialverteidigung und unentgeltliche Prozessführung bei den Gerichten (vgl. auch Dienststellenkommentare).

Im Auftrag der landrätlichen Finanzkommission hat die Finanzkontrolle 2007 eine Schwerpunktsprüfung der Beratungsdienstleistungen vorgenommen. In Ihrem Revisionsbericht Nr. 029/2007 beurteilt die Finanzkontrolle die extern vergebenen Beratungsdienstleistungen in der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft in ihrer Höhe als angemessen. Beratungsaufträge werden in der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft in der Regel eher zurückhaltend vergeben. Die Notwendigkeit der geprüften Aufträge konnte von der Finanzkontrolle grösstenteils nachvollzogen werden. Eine eigentliche "Expertokratie", wie dies aktuell der Bundesverwaltung vorgeworfen wird, ist aus der Sicht der Finanzkontrolle beim Kanton Basel-Landschaft nicht erkennbar. Die Finanzkontrolle ist der Auffassung, dass bei den von ihr geprüften Aufträgen den finanziellen Aufwendungen in der Regel ein erkennbarer Mehrwert gegenübersteht.

IT-Aufwendungen

Das Informatikbudget 2008 (Informatik, EDV-Leistungen Dritter, Wartung, Lizenzen) beträgt 36.7 Mio. Franken und liegt damit 6.1 Mio. Franken über dem Budget 2007, welches mit 30.6 Mio. Franken deutlich unter dem mehrjährigen Mittel lag.

Die Hauptgründe für die Erhöhung des Budgets 2008 liegen einerseits in der periodisch erforderlichen Erneuerung der Infrastruktur und andererseits bei wichtigen neuen Vorhaben. Das neue ERP-System für das Finanz- und Personalwesen ist mit einer Tranche von 3.1 Mio. Franken enthalten. Grössere Einführungen von Fachanwendungen sind in den Spitälern, bei den Bezirksgerichten und im Bereich Raum und Umwelt vorgesehen. Zur Erneuerung der Infrastruktur gehört

die Bereitstellung von modernen, redundanten Speichersystemen zur Bewältigung der steigenden Datenmengen in allen Direktionen. Das mittelfristige Ziel ist, die heute dezentralen Rechnerstandorte in ein logisches Rechenzentrum an zwei Standorten zusammenzuführen. Mit der zunehmenden Informatikdurchdringung der Geschäftsprozesse (eGovernment, Archivierung, Bildung) werden laufend neue Aufgaben der Informatik übertragen. Aufgrund der mittelfristigen Planung der Informatikvorhaben dürfte sich der Mittelbedarf im Durchschnitt der Folgejahre wieder auf jährlich ca. 34 Mio. Franken reduzieren.

Weitere grössere Veränderungen im Sachaufwand:

Des Weiteren ergeben sich grössere Veränderungen beim medizinischen Verbrauchsmaterial (+5.8 Mio. Franken) und den Arzthonoraren für medizinische Fremdleistungen (+1.2 Mio. Franken). Diese Aufwendungen, wie alle Aufwendungen der Spitalbetriebe, sind leistungsabhängig und zum grössten Teil durch Pflögetaxen und andere Erträge refinanziert.

Passivzinsen

Die Erwartung von steigenden Zinsen schlägt sich in einer Zunahme des Passivzinsaufwandes nieder.

Abschreibungen

Die Abnahme bei den Abschreibungen ist auf die Übergabe der Nationalstrassen an den Bund im Rahmen der NFA zurückzuführen.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Mit der Einführung der NFA werden erstmals der Aufwand für den Ressourcenausgleich (15.0 Mio. Franken) und den Härteausgleich (4.3 Mio. Franken) budgetiert. Aufgrund des wachsenden Steueraufkommens gegenüber dem Vorjahresbudget steigt der ungebundene Finanzausgleich an die Gemeinden um 4.3 Mio. Fr. Die Kirchensteuer nimmt aufgrund der abnehmenden Steuererträge der juristischen Personen (Unternehmenssteuerreform) um 1.4 Mio. Franken ab.

Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen

Die grösste Abnahme fällt bei den Spitalabkommen mit Basel-Stadt und anderen Kantonen an (-2.6 Mio. Franken).

Eigene Laufende Beiträge

Der NFA schlägt sich massgeblich in dieser Kontengruppe nieder: Die Beiträge des Kantons an die AHV und IV im Umfang von 130.7 Mio. Franken entfallen, wobei eine einmalige Zahlungsverpflichtung an die IV im Umfang von 21.7 Mio. Franken budgetiert ist. Hierfür werden die zu Lasten der Rechnung 2006 und 2007 für diesen Zweck gebildeten Rückstellungen aufgelöst (saldo-neutrale Abwicklung). Demgegenüber nehmen aufgrund des NFA die Beiträge an die Ergänzungsleistungen AHV/IV um 46 Mio. Franken zu. Durch den Rückzug der IV aus den Bereichen Sonderschulung und behinderte Erwachsene fällt ein Mehraufwand von 26.8 Mio. Franken bzw. 46.7 Mio. Franken an.

Des Weiteren sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

- 2007 ist ein unverzinsliches Darlehen von 30 Mio. Franken an die Universität budgetiert. Diese Position entfällt im Voranschlag 2008.
- Die Anschubfinanzierung an das ETH-Institut für Systembiologie ist abgeschlossen (-5.0 Mio. Franken).
- Beiträge an Universität (+ 4.3 Mio. Franken) und FHNW (+ 4.8 Mio. Franken)
- Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime (-4.5 Mio. Franken)
- Abgeltungen und Beiträge im Bereich des Öffentlichen Verkehrs (-5.7 Mio. Franken)
- Beiträge an KV Basel-Landschaft (+ 3.7 Mio. Franken).

Einlagen in Spezialfinanzierungen

Die Zunahme ist im Wesentlichen auf folgende zwei Positionen zurückzuführen: Für Haftungsrisiken im Bereich Kontaminierungen und weiteren Umweltschäden wird eine Rückstellung im Umfang von 15 Mio. Franken gebildet (vgl. Empfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht Nr. 016/2007 zur Prüfung der Staatsrechnung). Des Weiteren ist im Voranschlag 2008 eine Einlage in den Wirtschaftsförderungsfonds von 1 Mio. Franken budgetiert.

5.3 Laufender Ertrag nach Kontogruppen

Auf der Ertragsseite der Laufenden Rechnung weist das Budget 2008 ein Wachstum von ca. 80.7 Mio. Franken oder 3.1% auf.

Tabelle 6: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
40 Steuern	1'475.6	1'395.8	1'432.9	37.0	2.7%
41 Regalien und Konzessionen	56.0	53.2	65.7	12.5	23.5%
42 Vermögenserträge	92.5	85.8	85.6	-0.1	-0.2%
43 Entgelte	464.2	449.0	478.3	29.4	6.5%
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	128.5	133.9	93.2	-40.6	-30.4%
45 Rückerstattungen von öff, Gemeinwesen	61.1	67.7	63.6	-4.0	-6.0%
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	296.5	301.0	364.0	63.1	21.0%
47 Durchlaufende Beiträge	80.1	80.7	72.4	-8.3	-10.3%
48 Entnahmen aus Spezialfinan. und Fonds	6.5	30.9	22.7	-8.2	-26.5%
49 Interne Verrechnungen	23.7	13.9	14.0	0.1	0.6%
Gesamttotal Ertrag	2'684.7	2'611.7	2'692.4	80.7	3.1%

Steuern

Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten geht aus Tabelle 7 hervor. Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform (vgl. Kapitel 3.3) sind im Budget vollumfänglich berücksichtigt.

Für die Wachstumsrate 2008 der *Einkommenssteuer der natürlichen Personen* wird auf das BAK-Finanzhaushaltsmodell abgestellt. Die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung gemäss Unternehmenssteuerreform (LRB 2007/034) ist mit einem Ertragsausfall von 5 Mio. Franken berücksichtigt.

Ausgehend von einer günstigen Konjunktur- und Börsenentwicklung wird bei der *Vermögenssteuer* ein Anstieg von 12 Mio. Franken prognostiziert.

Der Budgetwert 2007 der *Ertragssteuer* (152 Mio. Franken) erweist sich aus heutiger Sicht als zu tief. Für das Steuerjahr 2007 wird derzeit ein Ertrag von 172.5 Mio. Franken erwartet. Das anhaltende Ertragswachstum der Unternehmen würde für 2008 zu einem Ertrag von 181 Millionen Franken führen. Der für das Steuerjahr 2008 auf 54 Mio. Franken geschätzte Ertragsrückgang gemäss Unternehmenssteuerreform wird somit bereits im Umfang von ca. 8.5 Mio. Franken kompensiert. Gegenüber dem Erwartungswert für das Vorjahr beziffert sich der Ausfall demnach auf 45.5 Mio. Franken (vgl. Kapitel 3.3).

Bei der Kapitalsteuer ist durch die Unternehmenssteuerreform mit Mindereinnahmen von 5.3 Mio. Franken zu rechnen. Dieser Ausfall wird durch das Wachstum der Steuereinnahmen teilweise (0.8 Mio. Franken) bereits wieder kompensiert (vgl. Kapitel 3.3).

Da sich der Liegenschaftsmarkt weiterhin günstig entwickelt - wenn auch das Rekordergebnis von 2006 kaum wiederholbar erscheint - kann für die *Grundstückgewinnsteuer* ein Wachstum von 6 Mio. Franken veranschlagt werden.

Aufgrund der Erträge in den ersten sieben Monaten im Jahr 2007 ist im Jahr 2008 ein Ertrag aus der *Handänderungssteuer* zu erwarten, der nahe beim Rekordergebnis von 2006 liegt.

Der Budgetwert 2007 bei der *Erbschafts- und Schenkungssteuer* wird voraussichtlich nicht ganz erreicht. Dennoch wird für 2008 ein dem langjährigen Trend entsprechendes Wachstum von 2 Mio. Franken angenommen.

Tabelle 7: Steuererträge gegliedert nach Arten.

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
Einkommenssteuer nat. Personen	901.4	866.0	901.0	35.0	4.0%
Vermögenssteuer nat. Personen	114.4	109.0	121.0	12.0	11.0%
Grenzgänger, Nach- und Straf-steuern; Doppelbest.abkommen	40.6	39.0	42.5	3.5	9.0%
Ertragssteuer juristische Personen	187.1	152.0	127.0	-25.0	-16.4%
Kapitalsteuer juristische Personen	16.0	15.7	13.7	-2.0	-12.7%
Kirchensteuer jurist. Personen	10.2	8.4	7.0	-1.4	-16.1%
Steuer auf Kapitalabfind. 2./3. Säule	13.8	12.0	14.0	2.0	16.7%
Grundstückgewinnsteuer	36.6	28.0	34.0	6.0	21.4%
Handänderungssteuer	32.3	29.0	32.0	3.0	10.3%
Erbschafts- und Schenkungssteuer	46.4	38.0	40.0	2.0	5.3%
Verkehrssteuer	76.9	98.8	100.6	1.9	1.9%
Gesamttotal Steuern	1'475.6	1'395.8	1'432.9	37.0	2.7%

Regalien und Konzessionen

Mit der NFA wird der den Kantonen zufallende Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank neu nur noch unter Berücksichtigung der Wohnbevölkerung verteilt. Das Kriterium der Finanzkraft entfällt. Der Gewinnanteil für den Kanton Basel-Landschaft fällt daher um 12.4 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr.

Vermögenserträge

Die Vermögenserträge liegen insgesamt auf dem Vorjahresniveau. Es lassen sich jedoch folgende grössere Veränderungen ausweisen: Wegfall der Baurechtszinsen durch Fusion der Rheinhäfen (-5.4 Mio. Franken), Anteil am Reingewinn der BL KB (+3 Mio. Franken), Kontokorrentzinsen (+3.1 Mio. Franken), Ertrag aus Liegenschaftsverkauf (-1.1 Mio. Franken), Ertrag aus treuhänderischem Liegenschaftsbesitz (+1 Mio. Franken).

Entgelte

Die Erträge aus Entgelten nehmen gegenüber dem Budget 2007 um 29.4 Mio. Franken zu. Davon entfallen 14 Mio. Franken auf einen Aufwertungsgewinn, der durch die Aktivierung der Beteiligung an den Rheinhäfen resultiert. Mit der Zusammenlegung und Auslagerung der Rheinhäfen Basel-Landschaft und Basel-Stadt entfallen im Gegenzug die Hafengebühren im Umfang von 5.1 Mio. Franken. Die leistungsabhängigen Erträge aus Pflögetaxen und Erträge aus medizinischen Leistungen nehmen um 16.3 Mio. Franken zu, die Erträge aus Arzthonoraren um 1.9 Mio. Franken.

Die Verkehrsbussen werden aufgrund der Tempoerhöhung im Arisdorftunnel sowie der seit Jahren feststellbaren tendenziell rückläufigen Entwicklung der Übertretungsquoten im Strassenverkehr um 4.7 Mio. Franken tiefer budgetiert. Demgegenüber rechnen die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden mit einer Zunahme der Bussenerträge von 0.7 Mio. Franken.

Die Gebühren für Amtshandlungen nehmen insgesamt um 4.9 Mio. Franken zu, wobei die Gerichtsgebühren um 1.1 Mio. Franken steigen und die Bewilligungsgebühren um 1.1 Mio. Franken tiefer veranschlagt werden. Die Gebühren für übrige Amtshandlungen nehmen um 4.9 Mio. Franken zu (dies ist vor allem auf den aus heutiger Sicht zu tiefen Budgetwert 2007 bei den Gebühren bei den kantonalen Steuern zurückzuführen).

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Der Ertragsrückgang von 40.6 Mio. Franken ist auf die Einführung der NFA zurückzuführen. Beim Anteil an der direkten Bundessteuer entfällt die Komponente Finanzkraft. Neu müssen die Kantone 83% des Steueraufkommens an den Bund abliefern (bisher 70%). Die erwarteten Erträge fallen entsprechend um 46 Mio. Franken tiefer aus. Der Anteil der Kantone am jährlichen Reinertrag der Verrechnungssteuer beträgt neu 10%. Es wird mit einer Ertragszunahme von 5.2 Mio. Franken gerechnet.

Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen

Folgende grössere Abweichung führen zu einem Rückgang: Rückerstattung von Kantonen an Gymnasien und gewerblich-industrielle Berufsschulen (+2.1 Mio. Franken), Rückerstattung vom Kanton Solothurn im Rahmen des Spitalabkommens (-1.9 Mio. Franken), Rückerstattung von Gemeinden für polizeiliche Dienstleistungen (-1.4 Mio. Franken).

Laufende Beiträge für eigene Rechnung

Massgebliche Änderungen resultieren aus der Umsetzung der NFA: Wegfall der Bundesbeiträge für Nationalstrassen (-4.8 Mio. Franken), Bundesbeiträge (+19.7 Mio. Franken) und Gemeindebeiträge (+6.5 Mio. Franken) an die Ergänzungsleistungen AHV/IV und Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung (6.5 Mio. Franken). Budgetiert ist ferner eine nachschüssige Zahlungsverpflichtung (einmalig) des Bundes bei der Prämienverbilligung von 18.3 Mio. Franken (vgl. Kap. 3.1).

Darüber hinaus beeinflussen folgende grössere Veränderungen das Gesamtergebnis dieser Kontengruppe:

- Gewinnanteil aus der Swiss Rhine Ports (+4.2 Mio. Franken)
- Bundesbeiträge für Berufsberatung infolge neuer Subventionspraxis (+13.3 Mio. Franken)
- Gemeindebeiträge an Heime und IV/Sonderschulen (+5.7 Mio. Franken)
- Abwassergebühren (-3.1 Mio. Franken).

Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds

Für die Abnahme massgebend sind folgende Positionen: Die 2007 budgetierte Entnahme von 30 Mio. Fr. aus dem Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben zur Finanzierung des Darlehens an die Universität entfällt. Für die rückwirkende Zahlungsverpflichtung an die IV im Umfang von 21.7 Mio. Franken werden die zu Lasten der Rechnung 2006 und 2007 für diesen Zweck gebildete bzw. zu bildende Rückstellung aufgelöst.